EUROPA 03.02.2026 | Antón Gómez-Reino Varela

Vielfalt oder Niedergang

Gegen den europäischen Trend will Spanien eine halbe Million Migranten legalisieren. Der Schritt ist wirtschaftlich motiviert – und zukunftsweisend.

Die spanische Regierung plant die Legalisierung von rund einer halben Million Migrantinnen und Migranten, die bislang ohne gesicherten Aufenthaltsstatus im Land leben und arbeiten. Kaum ein politisches Vorhaben bündelt so deutlich die zentralen demografischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Spannungen Spaniens – und zugleich viele der Fragen, vor denen Europa insgesamt steht. Befürworter sehen darin eine notwendige Antwort auf den Arbeitskräftemangel, die Überalterung und den Erhalt des Sozialstaats, Kritiker warnen vor Überforderung, Kontrollverlust und sozialen Konflikten. Die Debatte verweist damit über den konkreten Anlass hinaus auf eine grundlegende Entscheidung: Wie will Spanien auf den demografischen Wandel reagieren – durch Integration und Öffnung oder durch Abschottung und Rückzug?

Die Demografie erklärt Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Gesellschaften. Sie zeigt, wie Bevölkerungen gewachsen sind, warum sie heute vor bestimmten Herausforderungen stehen – und vor allem, wie sie künftig leben werden und welchen Platz sie in der Welt einnehmen. Derzeit erleben wir eine globale demografische Neuordnung: Afrika und Teile Asiens tragen das künftige Bevölkerungswachstum, während Europa, Japan und Südkorea altern und schrumpfen. Lateinamerika befindet sich in einer Reifephase, und Migration entwickelt sich zu einem der zentralen strukturellen Faktoren des 21. Jahrhunderts. Für Europa ergibt sich daraus ein strategisches Dilemma: Entweder es integriert Zuwanderer und sichert sein Sozialmodell – oder es schottet sich ab und beschleunigt damit seinen demografischen, wirtschaftlichen und politischen Bedeutungsverlust.

In einem internationalen Umfeld, das zunehmend von Konkurrenz um junge Menschen im

Spanien steht dabei an einem neuralgischen Punkt. Seine geografische Lage, seine Migrationsgeschichte, die Einbindung in die Europäische Union sowie seine Rolle als Brücke nach Lateinamerika und Nordafrika machen

erwerbsfähigen Alter geprägt ist, hat sich Spanien zu einem der wichtigsten Zielländer für Migration in Europa entwickelt.

das Land zu einem besonders aufschlussreichen Labor für die Chancen und Konflikte des globalen demografischen Wandels. Trotz dauerhaft niedriger Geburtenraten – laut spanischem Statistikamt rund 1,3 Kinder pro Frau – gehört Spanien zu der kleinen Gruppe von Industrieländern, die dank einer positiven Wanderungsbilanz einen Bevölkerungsrückgang bislang vermeiden konnten. In einem internationalen Umfeld, das zunehmend von Konkurrenz um junge Menschen im erwerbsfähigen Alter geprägt ist, hat sich Spanien zu einem der wichtigsten Zielländer für Migration in Europa entwickelt.

Diese Position ist kein Zufall. Sie beruht auf strukturellen Faktoren: der gemeinsamen Sprache mit Lateinamerika, gewachsenen Migrationsnetzwerken, einer Wirtschaft, die Arbeitskräfte in unterschiedlichen Sektoren aufnehmen kann, sowie auf einer öffentlichen Debatte, die – trotz Spannungen – nicht vollständig in identitätspolitische Abwehrmuster abgerutscht ist, wie sie andernorts zu beobachten sind. In einer Welt, in der menschliche Mobilität zur Konstante wird – verstärkt durch Klimawandel, politische Instabilität und globale Ungleichheit –, verfügt Spanien damit über einen klaren Wettbewerbsvorteil.

Im europäischen Vergleich stellt das Land eine positive Anomalie dar, weil es im Unterschied zu vielen anderen EU-Staaten Migration bislang nicht primär als sicherheitspolitisches Problem, sondern als arbeitsmarkt- und sozialpolitische Ressource behandelt hat. Während große Teile des Kontinents stagnieren oder schrumpfen, ist die Bevölkerung Spaniens von etwa 40 Millionen im Jahr 1999 auf heute rund 50 Millionen angewachsen – ein Zuwachs, der in Europa inzwischen zur Ausnahme geworden ist. Dieses Wachstum ist nahezu ausschließlich auf Zuwanderung zurückzuführen und ging mit einer vergleichsweise dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung einher. Die *Banco de España* und die Unabhängige Behörde für Haushaltsverantwortung haben wiederholt darauf hingewiesen, dass Migration wesentlich zum Beschäftigungswachstum, zur Stabilisierung des Rentensystems und zur Ausweitung der Beitragsbasis beigetragen hat. Es geht dabei nicht nur um das Besetzen offener Stellen, sondern um das grundlegende demografische Gleichgewicht zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen – in einem Land mit einer der höchsten Lebenserwartungen weltweit.

Vor diesem Hintergrund erweisen sich sowohl rein pro-natalistische Symbolpolitiken als auch reaktive Diskurse, die Migration primär als Bedrohung darstellen, als wenig tragfähig. Die spanische Erfahrung legt eine nüchterne empirische Wahrheit nahe: Ohne Zuwanderung wäre der aktuelle Wachstumspfad nicht möglich, und die Anpassung des Sozialstaats fiele deutlich konfliktreicher aus. Gleichzeitig bleibt das demografische Bild ambivalent. Die positive Wanderungsbilanz stärkt Bevölkerung und Wirtschaft, verschärft jedoch bestehende territoriale Ungleichgewichte. Während große Metropolräume Bevölkerung, Arbeitsplätze und Chancen bündeln, verlieren viele ländliche und innerstaatliche Regionen weiterhin Einwohner, Infrastruktur und wirtschaftliche Substanz.

Diese territoriale Spaltung ist mehr als ein demografisches Problem. Bleibt sie ungelöst, wird sie zu einem erheblichen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ökologischen Risiko. Entvölkerung begünstigt Landflucht, unzureichende Waldbewirtschaftung, den Verlust von Ernährungssouveränität und eine höhere Verwundbarkeit gegenüber dem Klimawandel. Umgekehrt überfordert die extreme Konzentration in den Städten den Wohnungsmarkt, öffentliche Dienstleistungen und den sozialen Zusammenhalt. Die zentrale demografische Herausforderung Spaniens besteht daher nicht allein darin, Bevölkerung anzuziehen, sondern auch darin, sie territorial klug zu verteilen und Demografie, Produktionsmodell und ökologische Transformation miteinander zu verzahnen.

Über Spaniens demografische Zukunft nachzudenken heißt letztlich, sich zwischen zwei Modellen zu entscheiden: einem konzentrierten, fragilen und ungleichen Land – oder einem territorial kohärenten und ökologisch nachhaltigen.

Eine ausgewogenere Bevölkerungsverteilung ist auch für die Bewältigung der Klimakrise entscheidend. Lebendige ländliche Räume ermöglichen aktive Landschaftspflege, senken das Brandrisiko, fördern nachhaltige Produktionsweisen und können zu Schlüsselregionen der Energiewende und der Bioökonomie werden. Demografie ist damit eine strukturelle Querschnittspolitik, die Bevölkerung, Raumordnung, Energie, Ernährung und ökologische Resilienz verbindet. Über Spaniens demografische Zukunft nachzudenken heißt letztlich, sich zwischen zwei Modellen zu entscheiden: einem konzentrierten, fragilen und ungleichen Land – oder einem territorial kohärenten und ökologisch nachhaltigen.

Die aktuellen politischen Debatten über Migration und Regularisierung

sind vor diesem Hintergrund weniger kurzfristige Reaktionen als vielmehr Ausdruck eines strukturellen Anpassungsdrucks. Um diese Herausforderung zu bewältigen, braucht Spanien eine echte staatliche Demografiepolitik entlang mehrerer strategischer Achsen. Insgesamt muss Migration als struktureller Entwicklungsfaktor anerkannt werden – jenseits sicherheitspolitischer Logiken und unter voller Wahrung der Menschenrechte, eingebettet in Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Außerdem müssen Aufnahme- und Integrationssysteme verbessert werden, etwa durch schnellere Arbeitserlaubnisse, bessere Anerkennung von Qualifikationen und einen effektiveren Zugang zum Arbeitsmarkt, um Unterbeschäftigung zu vermeiden und gesellschaftliche Beiträge zu maximieren. Darüber hinaus gilt es die territoriale Entwicklung auszugleichen, durch hochwertige öffentliche Dienstleistungen und die gezielte Förderung menschenwürdiger Arbeitsplätze außerhalb der Metropolen. Ländliche Räume sollten vorrangig produktiv und nicht-extraktiv genutzt werden, sodass Investitionen in Energie, Industrie oder Digitalisierung lokalen Mehrwert, stabile Beschäftigung und soziale Renditen schaffen. Und schließlich müssen Bevölkerungspolitik und ökologische Transformation systematisch zusammengedacht werden – denn ein bewohntes, produktives und gut bewirtschaftetes Territorium ist ein zentraler Trumpf im Kampf gegen den Klimawandel.

Am Ende steht für Spanien eine weitreichende Entscheidung. Das Land kann auf die Kraft einer vielfältigen, pluralistischen und dynamischen Gesellschaft setzen, die Wirtschaft, Sozialstaat und territorialen Zusammenhalt stärkt. Oder es lässt sich von Rückzugsdebatten treiben, die geschlossene Identitäten versprechen, aber Überalterung, Verarmung und sozialen wie wirtschaftlichen Niedergang in Kauf nehmen. Die aktuelle Debatte um die Legalisierung hunderttausender Migrantinnen und Migranten ist daher kein Ausnahmefall, sondern Ausdruck eines tieferliegenden Strukturkonflikts. Sie zwingt Spanien zu einer Entscheidung, die viele europäische Gesellschaften in den kommenden Jahren ebenfalls treffen müssen. In der Geopolitik der Demografie ist Abschottung keine kluge Strategie. Alles deutet darauf hin, dass für Spanien ein offener, intelligenter und territorial ausgewogener Umgang mit dem demografischen Wandel die Voraussetzung für eine nachhaltige und prosperierende Zukunft ist.

Dieser Artikel ist eine leicht angepasste Versions des spanischen Originals, das im Online-Magazin Agenda Pública *erschienen ist.*



Antón Gómez-Reino Varela

A Coruña

Antón Gómez-Reino Varela ist Direktor für internationale Angelegenheiten der Stiftung *Nortempo*, Analyst für internationale Beziehungen, Migration und Menschenrechte. Zuvor war er von 2015 bis 2023 Abgeordneter im spanischen Parlament.